

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff und den Umgebungen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Einzelnummern 10 Pf. Einjahresabonnement 25 RM. (Vorauszahlung).  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Wilsdruff-Dresden  
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6  
Kriegspreis: Die 8-spaltige Stammzelle 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklametzelle im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennig. Wochentage und Feiertage nach Vereinbarung. Anzeigen für die Reichshauptstadt Berlin sind zu besonderen Bedingungen zu beauftragen. Anzeigen für die Reichshauptstadt Berlin sind zu besonderen Bedingungen zu beauftragen.  
Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 109 — 89. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Montag, den 12. Mai 1930

## Sterbendes Volk.

Traurig, aber wahr: man hofft in Deutschland aus manchen wirtschaftlichen, wohnungspolitischen und sonstigen Schwierigkeiten dadurch herauszukommen, daß die Bevölkerung vermehrt ins Leben kommt oder gar in eine Bevölkerungsminderung umschlägt. Und leider ist diese „Erwartung“ nur allzu fest auf Tatsachen aufgebaut, die sich schon heute gar nicht mehr leugnen lassen. Daß die Geburtenzahl rapide sinkt — und zwar gerade in Deutschland und Deutsch-Osterreich am stärksten in Europa, schneller noch als selbst im „Land des Zweihundertjährigen“, in Frankreich —, weiß man aber sollte es doch wenigstens wissen. Daß es der Kunst unserer Mediziner, Hygieniker, auch großen behördlichen Anstrengungen gelungen ist, das menschliche Leben zu verlängern, ist auch wohl schon ziemlich bekannt; jetzt beträgt das „Menschenalter“, also die durchschnittliche Lebensdauer, in Deutschland etwa 57 bis 59 Jahre, wobei die Frauen besser abschneiden als die Männer. Infolgedessen ist die Zahl der Todesfälle gesunken im Verhältnis zur Geburtenzahl, zumal die Säuglingssterblichkeit gegen früher auf etwa ein Drittel herabgedrückt worden ist, aber — das deutsche Volk wird „alt“, „überaltert“. Bis eines nicht mehr allzu fernem Tages diese Entwicklung sich zwangsmäßig geltend macht, der scharfe Rückgang der Geburtenzahl sich auswirkt, selbst unter die verminderte Zahl der Todesfälle heruntergeht. Heute merken wir es noch nicht so, weil erst ganz allmählich die schwere Wunde, die der Weltkrieg und die unmittelbare Nachkriegszeit unserer Bevölkerung geschlagen, sich fühlbar macht. Selbst was das deutsche Volk an Bevölkerungszunahme zur Erhaltung seines heutigen Bestandes braucht — nicht an der Zahl allein, sondern in einer natürlichen Mengenverteilung der Altersklassen —, wird nicht mehr ins Leben gesetzt; unaufhörlich verdrängt sich Jahr um Jahr die größte Breite der „Bevölkerungspyramide“ mehr nach oben, in die mittleren und allmählich die älteren Jahrgänge hinein, spitzt sich diese „Pyramide“ — nach beinahe scharfer Einkürzung bei den heute etwa Zwölf- bis Fünfzehnjährigen — nach unten wieder zu. Nur ganz vorübergehend hat die Nachkriegszeit zu einer Vermehrung der Geburten geführt.

Es genügt nicht mehr, daß dieses Problem „Gegenstand ernstlicher Sorge und eingehender Erwägungen“ bleibt. Denn auch der Jungborn unseres Volkes, der in der landwirtschaftlichen Bevölkerung sprudelt, beginnt zu versiegen. Nicht nur dadurch, daß die Geburtenzahl auf dem Lande selbst ständig und schnell im Sinken ist, sondern weil gerade in den deutschen Ostgebieten sich die Bevölkerung „unnatürlich“ vermindert durch überstarken Abzug in die Städte. Es gibt in Ostpreußen eine ganze Reihe von Kreisen, in denen die Einwohnerzahlen infolge dieser Entwicklung immer geringer werden. Und jenseits der Grenze wächst die polnische Bevölkerung in altgewohnter Fruchtbarkeit, wie überhaupt nur noch der Osten Europas ein Wachstum seiner Völkermassen zeigt.

Nicht bloß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind es — obwohl sie hierbei gewiß die erste Rolle spielen; die Lehre des Dr. Malthus enthält viel Nichtiges! —, die für die freiwillige oder absichtliche Beschränkung der Kinderzahl entscheidend sind; denn gerade in den „sozial gehobenen“, also wohlhabenderen Teilen der Bevölkerung — leider dabei auch in den Beamtenkreisen nicht minder, aber mehr — liegt die Geburtenziffer weit unter dem Durchschnitt. Diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten stellen sich ja nicht nur der Kindererziehung, sondern in noch höherem Maße ihrer Unterbringung im Erwerbsleben entgegen. Wenn heute an den deutschen Hochschulen 120 000 junge Menschen studieren, so ist letzten Endes diese Zahl, für die es gar keine Verwendung in entsprechenden Berufen geben kann, dadurch verursacht, daß die Universität ohne weiteres jeden „zuläßt“, zahllos aber der Übertritt ins sonstige praktische Leben nicht möglich war; aber die entscheidende Stunde kommt doch auch einmal für diese jungen Menschen und die Entscheidung heißt dann vielleicht: Versinken in das rasch anschwellende „heißtige Proletariat“.

Zahllos wie die Seiten dieses Problems sind die Hilfsmittel, die man zu seiner Lösung vorschlägt. Steuerliche Bevorzugung und Elternschaftsversicherung, „Kinderzulagen“ und wirtschaftliche Bevorzugung der Verehelichten, Siedlungspolitik, auch umfassende sozialpolitische Maßnahmen dieser Art neben jenen wirtschaftspolitischen — aber sie treffen alle doch nicht ganz ins Schwarze. Denn auch der Wille zur Fortpflanzung ist im Schwinden und ganz anderen als nur wirtschaftlichen Gründen

## Völkerbundarbeiten.

Französisch-italienischer Gegensatz.  
Mit Montag, dem 12. Mai, hat die diesmalige Tagung des Völkerbundes in Genf begonnen. Vertreten sind Deutschland durch seinen Außenminister Dr. Curtius, Frankreich durch Briand und England durch Henderson, andere Nationen ebenfalls durch ihre Außenminister oder durch besondere Bevollmächtigte. Im Gegensatz

## Vertrauen auf die deutsche Zukunft

### Eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer

Forst, 11. Mai. Am Sonnabend abend sprach Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Frankfurt an der Oder über die finanzielle Lage des Reiches. Er führte u. a. aus:

Das erste Ziel der Finanzpolitik müsse sein, die Steuerlasten zu senken. Die Vorbedingung dafür sei eine geordnete Kassenlage des Reiches. Er habe dabei die bei der Übernahme seines Amtes völlig gerüttelten Reichsfinanzen zunächst in Ordnung bringen und einen in sich ausgeglichenen Haushaltsplan aufstellen müssen. Das sei nur möglich gewesen durch neue Steuern. Er habe die erforderlichen Mittel durch Erhöhung der indirekten Steuern beschafft, da die alle von der SPD. lange Jahre verfochtene Theorie von der unsozialen Wirkung indirekter Steuern heute überlebt sei. Im nächsten Jahre könne eine Senkung der Steuern um etwa 600 Millionen Mark durchgeführt werden, falls die Regierung Brünning im Amte bleibe.

Im nächsten Jahre drohe allerdings Gefahr von der völlig unberechenbaren Belastung des Haushalts durch die Erwerbslosensicherung. Deswegen müsse Hand in Hand mit den Steuererleichterungen eine vernünftige Sozialpolitik gehen, die zwar alle berechtigten Forderungen erfülle, aber Überbeanspruchungen und Auswüchse des Systems beseitige. Die Erwerbslosigkeit müsse nicht an ihren Symptomen kuriert werden, sondern müsse an der Wurzel angefaßt werden. Und zwar dadurch, daß man die Wirtschaft belebe und Arbeit schaffe. Eine solche Maßnahme stelle das von SPD. als reaktionär belächelte Ostprogramm dar, das von der Regierung verabschiedet worden sei und am Mittwoch dem Reichstag und Reichsrat zugehen werde. Auch über die Hebung des Roggenpreises seien am Freitag von der Reichsregierung wichtige Beschlüsse gefaßt worden. Die Sicherung des Ostens, diese große Schicksalsfrage des deutschen Volkes, sei gleichzeitig ein Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ferner müsse eine allgemeine Ausgabenkürzung im Reich, in den Ländern und Kommunen durchgeführt werden. Das Reichsfinanzministerium habe bereits einen Ausgabenkürzungsentwurf ausgearbeitet. Man werde nicht in der brutalen Form des Beamtenabbaues, sondern durch Ausgabenminderung, Zusammenlegung von Behörden, Beseitigung überflüssiger Dienststellen eine

Nationalisierung der Verwaltung anstreben, die sich auf Länder und Kommunen erstrecken müsse. Damit sei man an dem letzten und größten Ziele angelangt, der Reichsreform, in die alle anderen Maßnahmen organisch einfließen. Deutschland müsse zu einem einheitlich regierten Reich werden, insbesondere müsse der Dualismus Preußen-Reich eine befriedigende Lösung finden.

## Bevorstehende Räumung des Rheinlandes

Nach Inkrafttreten des Young-Plans.

Im Auswärtigen Amt zu Paris hat der feierliche Akt der Hinterlegung der auf den Young-Plan bezüglichen Ratifikationsurkunden stattgefunden. Das Protokoll wurde von Außenminister Briand und den Völkern der Gläubigerstaaten unterzeichnet.

Die Ratifikationsurkunden beziehen sich auf drei Verträge: 1. auf das im Haag zwischen den Gläubigerstaaten und Deutschland getroffene Abkommen über die „vollständige und endgültige Regelung der Reparationsfrage“; 2. auf das von den Regierungen übernommene Memorandum der Young-Sachverständigen vom 7. Juni 1929; 3. den Vertrag zwischen den Gläubigerstaaten. Mit der Hinterlegung der Urkunden ist der Young-Plan faktisch in Wirksamkeit getreten, obwohl formell noch zwei Handlungen vorzunehmen sind. Das sind erstens die Gründung der Internationalen Zahlungsbank, die am Montag in Basel erfolgen wird, zweitens die Deponierung der Schuldentzertifikate durch die Reichsregierung und für einen gewissen Teil der Zahlungen auch durch die Reichsbank.

Ministerpräsident Lardieu und Außenminister Briand sollen über die Durchführung der Räumung des Rheinlandes verhandelt haben, da alle Vorbedingungen jetzt erfüllt seien. In der Pariser Presse wird betont, daß der Ratifizierung des Young-Plans in kürzester Zeit die politischen Folgen, das heißt, die Rheinlandräumung, folgen müßten und daß die notwendigen technischen Dispositionen um die Operationen zur Zurückziehung der Truppen durchzuführen, französischerseits bereits getroffen seien.

Doehle bei Briand.

Paris. Eine Unterredung, die der deutsche Völkerverhandlung Doehle mit Außenminister Briand hatte, diente, wie in einem offiziellen Kommando mitgeteilt wird, der Vorbereitung der Genfer Ratstagung und der Besprechung verschiedener mit den bevorstehenden politischen Problemen zusammenhängender Einzelheiten.

## Befreiungsfeiern am Rhein.

Die Teilnahme Hindenburgs.

Das Programm für den Besuch der befreiten Gebiete durch den Reichspräsidenten steht jetzt fest. Der Reichspräsident wird zunächst nach der Pfalz fahren. Ein Aufenthalt ist in Speyer vorgesehen. Es ist geplant, daß während des Aufenthalts des Zuges auf den Bahnhöfen von Ludwigshafen und Worms Abordnungen der beiden Städte den Reichspräsidenten begrüßen. Das nächste Reiseziel wird Mainz-Weisbaden sein. Von hier geht die Reise nach Koblenz, Trier und Aachen weiter. Von Aachen wird der Reichspräsident nach Berlin zurückkehren.

## Minderheitsbeschwerde gegen Polen.

Vor dem Völkerbund in Genf.

Die im August des vorigen Jahres eingereichte Beschwerde der deutschen Minderheit in Polen über die Handhabung der polnischen Agrargesetze wird auf der jetzigen Tagung des Völkerbundes vor einem Dreier-Ausschuß von neuem zur Verhandlung gelangen. Dieser Ausschuß besteht aus den Vertretern von England, Italien und Polen.

Die Beschwerde, vom deutschen Sejmabgeordneten Gräbe unterzeichnet, führt an Hand eines umfangreichen Materials den Nachweis, daß die polnischen Agrargesetze von der polnischen Regierung einseitig gegen die Lebensinteressen der deutschen Minderheit in Polen durchgeführt würden.

## Entschliessungen der Bayerischen Volkspartei.

Schwierige Lage Brünings.

Die Bayerische Volkspartei hielt in Bamberg ihre Landesausschussung ab, zu der u. a. Ministerpräsident Dr. Heilmann, Reichspostminister Dr. Schöner, Reichstagsabgeordneter Leichter, Landtagsabgeordneter Dr. Wohlmuth und Landtagspräsident Stana erschienen waren.

zur letzten Januarstagung enthält das Programm der jetzigen Tagung Fragen, die es sieben europäischen Außenministern erlauben, alle großen politischen und wirtschaftlichen Völkerbundprobleme anzuschneiden.

Das Minderheitsproblem tritt in Form einiger oberflächlicher Minderheitsbeschwerden vor den Rat. Bei den Wirtschaftspragmen ist es vor allem die Versicherung über den Verlauf der Zollfriedenskonferenz und ihre Ergebnisse, die außergewöhnliches Interesse beansprucht.

## Polnisch-deutsche Zollfragen.

Es ist zu erwarten, daß der polnische Außenminister die Frage vordringt, die von der Barisauer Regierung in Verbindung mit dem neuen Handelsabkommen beim Völkerbund erhoben wurde. Der Außenminister Dr. Curtius wird den deutschen Standpunkt in dieser Beziehung klarstellen.

## Das Saarproblem

wird Dr. Curtius gleichfalls zu behandeln haben, nämlich die Zurückziehung der Saarbahnschutztruppen. Diese Truppen sollen nach einem Völkerbundsbeschluss von 1927 die rückwärtigen Verkehrswege der Besatzungsarmee sichern; ihre Aufgabe ist also mit der Rheinlandräumung erledigt. In gewissen französischen Kreisen besteht die Neigung, diese Truppen auch noch weiterhin „zum Schutze des französischen Saargrubenbesitzes“ an der Saar zu lassen. Dagegen wird von deutscher Seite der schärfste Widerspruch erhoben, da ein solches Verbleiben der fremden Truppen allen bisherigen Abmachungen nicht entsprechen würde.

## Briands Fragebogen

zu seinen Ideen über die europäische Vereinigung wird zweifellos seine Schalten über die Verhandlungen werfen, denn einerseits steht die kürzlich ziemlich resultatlos ausgegangene Londoner Flottenabklärungskonferenz im Hintergrunde, andererseits verharret Italien streng bei seiner Ablehnung der französischen Hegemonie-Ansprüche.

In Genf kann über diesen Zwischenfall nicht geschwiegen werden, denn er beeinflusst in merkwürdiger Weise das von Briand angestrebte Werden eines „Pan-Europa“. Der französische Außenminister beabsichtigt, schon zu Anfang dieser Woche seinen Fragebogen an 26 europäische Staaten zu versenden. Man schätzt die Dauer der diesmaligen Ratstagung auf vier bis fünf Tage.